

### Jobcenter bleiben unterfinanziert

**Berlin | Die Jobcenter geben für Verwaltung und Personal auch 2014 wieder Geld aus, das eigentlich für die Förderung und Qualifizierung von Hartz-IV-Beziehern gedacht ist. Das bestätigte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen, Brigitte Pothmer in der Süddeutschen Zeitung vom 26.09.14. Den Artikel von Thomas Öchsner dokumentieren wir teilweise im Wortlaut.**

#### Verwaltungskosten zehren Mittel für Hartz-IV-Bezieher auf

2010 flossen aus dem Topf für „Eingliederung in Arbeit“ 13 Millionen Euro in das Verwaltungsbudget. 2013 waren es bereits 445 Millionen Euro. Jeder 9. Euro der Eingliederungsmittel floss in die Verwaltung der Jobcenter. Das Bundesarbeitsministerium rechnet damit, dass auch 2014 Mittel aus dem Förderetat entnommen werden



müssen, um die Verwaltungsausgaben zu decken. Dies geht aus einer Antwort des Ministeriums auf eine Anfrage der Grünen hervor.

2012 wurden die Mittel für Hilfen, die Hartz-IV-Empfänger in den Arbeitsmarkt zurückführen sollen, drastisch auf knapp vier Milliarden Euro gekürzt und der Verwaltungsetat der 408 Jobcenter eingefroren. Dieser liegt bei 4,05 Milliarden Euro. Das Verwaltungsbudget werde jedoch „zunehmend durch Kostensteigerungen belastet“, etwa für Personal oder für Energie,

heißt es bei der Bundesagentur für Arbeit (BA). Hinzu kommt: Die Jobcenter können selbst entscheiden, ob sie mehr Personal einstellen wollen, um sich besser um die Hartz-IV-Empfänger kümmern zu können. „Mit einer intensiveren Betreuung können so mitunter bessere Integrationsfortschritte erreicht werden als mit nicht passgenauen Maßnahmen“, sagt eine BA-Sprecherin. Tatsächlich hat sich hier aber nicht allzu viel bewegt: Nach Angaben der BA kamen 2010 auf einen Betreuer 156 Hartz-IV-Empfänger, die älter als 25 Jahre sind, jetzt sind es 146 Fälle.

Grünen-Politikerin Pothmer sagt deshalb: „Der Verwaltungsetat der Jobcenter ist systematisch chronisch unterfinanziert. Mit einer ehrlichen Haushaltsführung hat dies nichts zu tun.“ Die Jobcenter benötigten mehr Geld für Qualifizierung, Verwaltung und Personal. Genau dies habe die Bundesregierung in ihrer Haushaltsplanung für die nächsten Jahre allerdings nicht vorgesehen. „Die Verwaltungskosten fressen immer weiter an der aktiven Arbeitsmarktpolitik.“

### Neuregelung

#### Abrechnungsverfahren entlastet die Träger

**Nürnberg/Berlin | Der bisherige Abrechnungsmodus für Auszubildendenvergütungen der Bundesagentur für Arbeit (BA), bei dem die Träger regelmäßig in Vorkasse gehen mussten, gehört der Vergangenheit an.**

„Das neue Verfahren“, sagt BBB-Vorsitzende Thiemo Fojkar, „trägt erheblich zur Verbesserung der Liquidität der Träger bei.“ Die neue Regelung ist das Ergebnis von Gesprächen, die Fojkar im Auftrag seiner 78 Verbandsmitglieder mit Vertretern der Bundesagentur in Nürnberg geführt hat, namentlich Rudolf Knorr, dem Geschäftsführer Rechnungswesen und Controlling und Herbert Keck, dem neuen Leiter des zentralen Einkaufs. In den Gesprächen, die in aller Offenheit geführt wurden und von gegenseitigem Vertrauen und Verständnis geprägt waren, wurde ein Abrechnungsverfahren gefunden, das sowohl den Trägern als auch der BA entgegenkommt.

Oft sind es fünfstelligen Beträge, die bereitgestellt werden müssen, um die Auszubildenden einer BaE-Maßnahme (Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen) am Monatsende vergüten zu können. Beträge, die den Haushältern der Träger regelmäßig Kopfzerbrechen bereiteten, weil sie ihre Liquidität immer wieder aufs Neue strapaziert sahen. Die Neuregelung ist ein weitreichendes Entgegenkommen der BA, das auf den Punkt gebracht, den Trägern nicht wie bisher erst am 20. des Folgemonats die Zuschüsse für die Azubi-Vergütungen zur Verfügung stellt, sondern im ersten Monat bereits zehn Tage früher und die Folgebeträge bereits zum 25. eines laufenden Monats bereitstellt.

„Alle Träger werden in den kommen- ...  
Fortsetzung Seite 2

#### Inhalt

- Jobcenter bleiben unterfinanziert
- Neuregelung
- Editorial
- Bildungsqualität gibt es nicht für lau
- Stabwechsel
- Trauriges Jubiläum
- EVBB fordert bessere Berufschancen
- BBB Mitglieder-Umfrage 2014



EDITORIAL

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

jetzt wird es ernst: Horst Palik, der Mann des operativen Geschäfts bei unserem Bildungsverband, geht in den Ruhestand. Der BBB hat seinem scheidenden Geschäftsführer viel zu verdanken. Sein unermüdliches Engagement im Bereich der Aus- und Weiterbildung wird allen, die mit ihm zu tun hatten, in dauernder Erinnerung bleiben. Viele Veränderungen, die sich unser Verband in den über zehn Jahren seines Bestehens auf die Fahnen schreiben konnte, sind sein Verdienst. Dafür schulden wir ihm Dank und Anerkennung.

Ich möchte Sie auch auf diesem Weg zu einer Abschiedsfeier für Horst Palik am 10. Dezember in Berlin einladen. Auch von Peter Rother müssen wir uns verabschieden. Mit zahlreichen Publikationen hat er es geschafft, den Verband in der Fachöffentlichkeit bekannt zu machen und dank seiner Medienkompetenz hat er wesentlich dazu beigetragen, den Bekanntheitsgrad des BBB deutlich zu steigern.

Beide Kollegen waren für uns als Vorstand immer hochkompetente Ansprechpartner, wir werden ihren Rat vermissen und wünschen ihnen für ihren neuen Lebensabschnitt von ganzem Herzen alles Gute.

Nachfolger von Horst Palik als Geschäftsführer wird Walter Würfel. Franz Siegert übernimmt den Aufgabenbereich von Peter Rother. Wir sind überzeugt davon, dass diese beiden Kollegen den von ihren Vorgängern eingeschlagenen Weg erfolgreich fortsetzen und die Bedeutung des BBB bei der politischen Meinungsbildung weiter ausbauen können.

Herzlichst  
Ihr  
Thiemo Fojkar

## Bildungsqualität gibt es nicht für lau

### Aus- und Weiterbildung braucht gute Rahmenbedingungen

Berlin | Die Bundesregierung muss das Vergabeverfahren arbeitsmarktpolitischer Bildungsmaßnahmen grundlegend verändern. Das forderten die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA) sowie die Gewerkschaft Erziehung und

Marktes so stark wie die öffentlich finanzierte Aus- und Weiterbildung. Das bisherige Vergabeverfahren hat zu erheblichen Verlusten der Qualität der Bildungsangebote und der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten geführt. „Das ruinöse Ausschreibungsverfahren

muss so schnell wie möglich beendet werden“, verlangen die drei Organisationen von der Bundesregierung sowie den zuständigen Ministerien Wirtschaft und Arbeit. Ein neues Vergaberecht, auf der Grundlage der im April 2014 verabschiedeten europäischen Vergaberichtlinie, müsse den hohen Qualitätsanforderungen des Bildungsbereichs gerecht werden.



Wissenschaft (GEW), unterstützt vom Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (BBB), nach der Tagung „Vergabe öffentlich finanzierter Aus- und Weiterbildung“ am 16. Oktober in Berlin.

Der designierte BBB-Geschäftsführer Walter Würfel verlangt eine entschiedene Wende in der Vergabepraxis im Interesse der Beschäftigten, Lernenden und Träger. Es sei höchste Zeit, dass die Sozialpartner, Träger- und Bundesverbände die Chancen nutzen und mit den Verantwortlichen in Politik und Ministerien zu gemeinsam getragenen Verbesserungen kommen.

Kaum ein Bereich im Bildungswesen unterliegt dem Preisdruck des

Prekäre Arbeitsbedingungen, Entlohnung für hochqualifizierte pädagogische Arbeit auf Hartz-IV-Niveau, Wettbewerb, der zu einem schleichenden Qualitätsverfall führt und ein Überlebenskampf der Träger sind die Folgen politischer Fehlentscheidungen zur Vergabe von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen. Das alles müsse ein Ende haben, sagte Ansgar Klinger, GEW-Vorstand. Auch Doris Beneke von der BAG EJSA schloss sich dem an und meinte, dass die Folgen des Vergabeverfahrens nicht auf dem Rücken der Teilnehmenden an den Bildungsmaßnahmen und der Fachkräfte ausgetragen werden dürfe. gw

### Fortsetzung: Neuregelung

... den Tagen seitens der BA angeschrieben und auf diese Option hingewiesen“, so Keck. „Verfahrensmäßig werden die Regionalen Einkaufszentren diese Regelung allen laufenden Vertragspartnern anbieten und bei den künftigen Ausschreibungen zugrunde legen.“

Schon kurz nach den Gesprächen, Mitte November, informierte der BBB-Vorstand vorab in einem Rundschreiben exklusiv seine Mitglieder über die erfreuliche Neuregelung im Abrechnungsverfahren bei BaE-Maßnahmen. fs

## AUS DEM VERBAND

**Stabwechsel****Walter Würfel übernimmt von Horst Palik die Geschäftsführung**

**Berlin | Der Wechsel an der Spitze der Geschäftsführung ist nur eine von weiteren Veränderungen, die es 2015 im Verband geben wird: So bekommt die Geschäftsstelle eine neue Adresse, die Info-Brief-Redaktion wird neu besetzt und der Relaunch der Webseite geht ans Netz.**

Walter Würfel, zuletzt Abteilungsleiter Berufliche Integrationsförderung und Jugendsozialarbeit beim Internationalen Bund (IB), nimmt seine Arbeit als BBB-Geschäftsführer offiziell im Januar 2015 auf. Bereits im Juni wurde er auf der Mitgliederversammlung vorgestellt und vom Vorstand zum Geschäftsführer berufen. Würfel ist ein ausgewiesener Fachmann in der beruflichen Bildung. Mit Vorträgen und Publikationen machte er sich in Fachkreisen als Experte für das Übergangsmanagement einen Namen. Er und Lutz Kaube, Mitarbeiter der BBB-Geschäftsführung, werden zum Jahresende neue Räumlichkeiten in Berlin beziehen. Der Umzug erfolgt zum Jahresende. In dem Bürogebäude in der Hannoverschen Straße 19a unterhält der Internationale Bund (IB) bereits eine Repräsentanz.

Horst Palik, der bisherige Geschäftsführer, geht in den Ruhestand. Er hinterlässt seinem Nachfolger eine geordnete Geschäftsführung. Während seiner Zeit ab Juli 2008 konnten 37 neue Mitglieder gewonnen und der Verband auf den heutigen Stand von 78 Mitgliedern vergrößert

werden. Außerdem war er maßgeblich am Zustandekommen der Allgemeinverbindlichkeit des Branchentarifvertrages für die Weiterbildung beteiligt. Seine Verdienste um den Verband werden im Rahmen einer Feier gewürdigt. Ebenso wie die Verdienste von Peter Rother, der zum Jahresende ebenfalls in den Ruhestand verabschiedet wird.

Peter Rother ist ein Mann der ersten Stunde. Er richtete 2002 in Hamburg, im Gründungsjahr des Verbandes, neben seiner hauptamtlichen Tätigkeit für die DAA-Stiftung, die erste Geschäftsstelle mit ein. Vorsitzender des BBB war seinerzeit Rudolf Helfrich, Geschäftsführender Vorstand der DAA-Stiftung. Rother konzipierte den BBB Info-Brief, der im Dezember 2002 das erste Mal erschien und betreute als Redakteur seitdem 75 Ausgaben. Er brachte die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes in enger Zusammenarbeit mit Vorstand und Geschäftsführung voran. Und als Mitglied der Arbeitsgruppe, die im Jahr 2007 den Weiterbildungstag im Auftrag des BBB-Vorstandes aus der Taufe hob, war er außerdem an der Entwicklung des Deutschen Weiterbildungstages maßgeblich beteiligt. Nach der Oktober-Ausgabe hat er die Info-Brief-Redaktion an Franz Siegert abgegeben, Mitarbeiter der IB-Unternehmenskommunikation.

Siegert bringt unter anderem redaktionelle und gestaltungstechnische Erfahrung mit, die er über viele Jahre bei der Fertigung diverser IB Mitarbeiterzeitungen und Newsletter erworben hat.

Als letzte Neuerung wird schließlich der mit viel Spannung erwartete Web-Relaunch der BBB-Seiten realisiert. Der Auftritt, der nach mehrmonatiger Vorbereitung ans Netz geht, wird schneller und übersichtlicher sein als der alte. *fs*



Walter Würfel: Mit Vorträgen und Publikationen machte er sich in Fachkreisen einen Namen. Der gelernte Gymnasiallehrer ist Experte in Sachen Berufsbildung und Übergangsmanagement und hat vielfältige Erfahrung in der Verbandsarbeit.



Horst Palik verlässt den BBB. Lobbyarbeit wird bei ihm großgeschrieben. Er ist ein Menschenverstehender, der für seinen Ideenreichtum und sein Stehvermögen geschätzt wird.



Peter Rother ist seit Gründung 2002 in Hamburg für den Verband ehrenamtlich tätig. Der Mann der ersten Stunde geht am 31. Dezember in den Ruhestand.



Neue Adresse der BBB-Geschäftsstelle ab Januar 2015, zentral gelegen, gut erreichbar:  
Hannoversche Straße 19a, 10115 Berlin.

## Trauriges Jubiläum

### Was ist aus den Vorschlägen der Timmermann-Kommission geworden?

Berlin | Es sind zehn Jahre her, dass die Ergebnisse der sogenannten Timmermann-Kommission zur Finanzierung lebenslangen Lernens der Bundesregierung vorgelegt wurden. In ihrem Bericht analysierte die Kommission die Lage und Perspektiven der Weiterbildung und machte viele Vorschläge, wie lebenslanges Lernen und Weiterbildung im öffentlichen Bewusstsein aufgewertet und ausgebaut werden könnten.

Ein Bündel von Maßnahmen wurde vorgeschlagen, wie lebenslanges Lernen finanziert werden könnte, von Bildungssparen und Bildungskrediten über Lernzeitkonten bis hin zu einem Erwachsenenbildungsfördergesetz.

Was ist seither passiert? Wir erinnern uns an das „Kooperationsverbot“, das den Zuständigkeitsstreit zwischen Bund und Ländern in Bildungsfragen noch befeuert hat – erst jetzt wird es langsam modifiziert.

2008 rief die Bundeskanzlerin Deutschland zur Bildungsrepublik aus – Konsequenzen wurden daraus nicht gezogen.

Zwar hat die Beteiligung an Weiterbildung etwas zugenommen, und die Zahl der Schüler ohne Abschluss ist etwas zurückgegangen. Aber am Flickenteppich der Weiterbildung, von manchen Akteuren auch als „Wilder Westen“ bezeichnet, hat sich nichts geändert. Besonders was Finanzierung und Beschäftigungssituation der Lehrenden betrifft, hat es sich sogar verschlechtert.

Bildung und lebenslangem Lernen „gebührt der erste Platz in der Präferenzen- und Prioritätenliste der deutschen Bevölkerung und Politik“, war die zentrale Forderung der Kommission, die durch eine Vielzahl von empirischen Analysen und Untersuchungen ausführlich begründet wurde. BBB-Vorsitzender Thiemo Fojkar fordert alle Weiterbildungsakteure in der

Politik auf, einen neuen Anlauf zu versuchen, im Bundestag eine Enquetekommission „Zur Zukunft der Weiterbildung“ ins Leben zu rufen.

„Wir dürfen nicht resignieren. Das Schicksal der Timmermannschen Vorschläge kann und darf nicht dazu führen, den Kopf in den Sand zu stecken und sich vermeintlichen Sparzwängen zu unterwerfen“, so Fojkar. Verantwortliche in der Politik und alle gesellschaftlichen Kräfte müssten sich wieder bewusst machen: „Nur keine Bildung ist teurer als Bildung!“

*Walter Würfel*

Professor Dr. Dieter Timmermann ist heute Präsident des Deutschen Studentenwerkes. Von 2001 bis 2004 war er im Auftrag der damaligen Bundesregierung Vorsitzender der Expertenkommission „Finanzierung Lebenslangen Lernens.“

## EVBB fordert bessere Berufschancen

Frankfurt am Main | Auf der Jahreskonferenz des EVBB (Europäischer Verband der Beruflichen Bildungsträger) zum Thema „Praxisorientierte Berufsausbildung für Beschäftigung und Wachstum“ trafen sich vom 15. bis 18. Oktober in Zagreb 130 Delegierte aus Europa und anderen Staaten. Sie diskutierten mit Fachreferenten unter anderem Möglichkeiten zur Stärkung praxisorientierter Berufsausbildung in der Europäischen Union.

Der thematische Schwerpunkt orientierte sich an den aktuellen Entwicklungen der beruflichen Aus- und Weiterbildung in Europa. Die Nachwirkungen der Wirtschaftskrise in Europa sind noch immer nicht überwunden, die Konjunkturerwicklung entspricht weiterhin nicht den Erwartungen und die Zahl der Arbeitslosen wächst kontinuierlich. Dies gilt im Besonderen für die Jugendarbeitslosigkeit. In Workshops wurden Ideen gesucht, die speziell den so genannten „NEETs“, Jugendliche ohne Ausbildung, Arbeit oder Schulung (Not in Education, Employment or Training), bessere Chancen auf den Arbeitsmärkten ermöglichen sollen. Es wurden neue Wege für eine effektive Ge-

staltung des Innovationstransfers gesucht, Erfahrungen rund um die duale Berufsausbildung ausgetauscht, Finanzierungsmöglichkeiten für die praxisorientierte Ausbildung ausgelotet und die Ausbildung von Lehrkräften diskutiert.

Neben der Entwicklung praxisorientierter Ausbildungsmodelle bildeten die internationale Vernetzung der Bildungsträger und der Erfahrungsaustausch weitere Schwerpunkte der Konferenz, wobei für den Transfer bewährter Ausbildungsmodelle Unterstützung seitens der Europäischen Kommission versprochen wurde.

Der EVBB konnte im vergangenen Jahr sechs neue Mitglieder aus Europa und ein weiteres aus Vietnam gewinnen. Eine besondere Stärkung erfährt der EVBB durch die Mitgliedschaft des Bundesverbandes der Träger beruflicher Bildung (BBB). Der Vorsitzende des BBB, Thiemo Fojkar, wurde auf der Präsidiumssitzung am Vortag der Konferenz als kooptiertes Mitglied in das Präsidium des EVBB aufgenommen. Die Konferenz stand unter der Schirmherrschaft des kroatischen Arbeitsministers Prof. Mirando Mrsic.  
*Peter Backfisch*

### BBB Mitglieder-Umfrage 2014

Im Dezember wird die BBB-Geschäftsstelle die Verbandsmitglieder über Strukturdaten und die Zufriedenheit mit der Arbeit des Bildungsverbandes befragen. Eine Umfrage findet alle zwei Jahre statt und hilft, die Verbandsarbeit zu verbessern. Alle Mitglieder werden gebeten, diese anonyme Befragung zu unterstützen und sich zu beteiligen. *Lutz Kaube*

### BBB Info-Brief, Dezember 2014

**Herausgeber:**

BBB Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e.V.  
Vorsitzender: Thiemo Fojkar  
Französische Straße 8 · 10117 Berlin  
[www.bildungsverband.info](http://www.bildungsverband.info)

**Redaktion:**

Franz Siegert, Walter Würfel  
Telefon 030 214096-16  
[franz.siegert@internationaler-bund.de](mailto:franz.siegert@internationaler-bund.de)  
[www.bildungsverband.info](http://www.bildungsverband.info)

**Fotos:**

Rumpfenhorst, Scherhauber, Siegert

**Druck:**

GOB-Service, Hamburg

**Nächster Redaktionsschluss: 26. Januar**